

Prof. Dr. Roland Fritz, Dr. Piet Sellke, Dr. Gisela Wachinger*

Vorausschauendes Konfliktmanagement – Erfolgreiche Bürgerbeteiligung beim Bau eines Wohnheims für Flüchtlinge

Der Zuzug und die Zuweisung von Flüchtlingen stellen Landkreise und Kommunen vor infrastrukturelle Herausforderungen bislang nicht gekanntes Ausmaßes. Die Gemeinde Grenzach-Wyhlen stellt in diesem Kontext ein gelungenes Beispiel für pro-aktives Konfliktmanagement dar. Das ist der weit-sichtigen Politik der kommunalpolitisch Verantwortlichen zu verdanken, die sich nicht nur frühzeitig mit Fragen einer angemessenen und für Flüchtlinge wie Gemeindebürgern zumutbaren Unterbringung befassten, sondern zugleich auf Kommunikation und Partizipation ihrer Bürger setzten.

Ausgangslage

Die rechtliche Ausgangslage für Landkreise wie Kommunen in Baden-Württemberg ist folgende: Nach dem Königssteiner Schlüssel ist das Land verpflichtet, 13 Prozent der in Deutschland ankommenden (registrierten) Flüchtlinge in der „Erstaufnahme“ aufzunehmen, bevor sie dann den Städten und Landkreisen zur „vorläufigen Unterbringung“ in Gemeinschaftsunterkünften oder Wohnungen zugewiesen werden, um dann in einem letzten Schritt auf die Gemeinden zur „Anschlussunterbringung“ verteilt zu werden.

Obgleich dies bislang infolge außerordentlicher Anstrengungen in Verwaltungen wie Ehrenamt überwiegend gelang, kann doch auch nicht negiert werden, dass die große Zahl von Flüchtlingen teilweise zu massiver Ablehnung bis hin zu fremdenfeindlichen Übergriffen geführt hat.

Könnte es sein, so lauten in diesem Zusammenhang die sich aufdrängenden Fragen, dass im Vorfeld der Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften und Wohnheimen für Flüchtlinge nicht hinreichend hierfür geworben wurde, dass die Bürger nicht umfassend informiert wurden und dass den Betroffenen vollendete Tatsachen vorgesetzt wurden, anstatt sie auf dem Weg einer Bürgerbeteiligung mitzunehmen?



Die Kommunen beziehen ihre Bürgerinnen und Bürger in die Entwicklungen ein.

Zukunftsorientierte Grundsatzentscheidung

Den Weg der Bürgerbeteiligung beschriftet erfolgreich die Gemeinde Grenzach-Wyhlen im Landkreis Lörrach. Schon seit dem Jahre 2014 fiel und fällt es den kommunalpolitisch Verantwortlichen angesichts des angespannten Wohnungssektors in der Gemeinde außerordentlich schwer, für die ihr zugewiesenen Flüchtlinge angemessene Unterkünfte zu finden bzw. bereit zu stellen. Gemeinde und Landkreis Lörrach waren deshalb bereits frühzeitig übereingekommen, eine Lösung zu suchen, die für beide ein Win-Win darstellt: Sie haben vertraglich ver-

einbart, dass die Gemeinde dem Landkreis kostenfrei ein Grundstück für den Bau einer Flüchtlingsunterkunft für 200 Flüchtlinge zur Verfügung stellt, wobei

* Prof. Dr. Roland Fritz lehrt an der Justus-Liebig-Universität und ist als Rechtsanwalt, Mediator und Trainer tätig. Dr. Piet Sellke ist Sozialwissenschaftlicher und Mediator. Er ist Dozent an der Steinbeis Hochschule sowie der Universität Wien und berät Kommunen und Behörden im Umgang mit Konflikten und Risiken. Dr. Gisela Wachinger, Dipl.-Biologin, unterrichtet an der Universität Stuttgart im Studiengang Planung und Partizipation. Sie ist Mediatorin und Ausbilderin.

die hierfür anfallenden Kosten vom Landkreis übernommen werden. Im Gegenzug stellt der Landkreis die Gemeinde von (weiteren) Anschlussunterbringungen frei.

Einbindung der unmittelbar Betroffenen – erster Schritt

Wenngleich die Grundentscheidung – Bau eines Wohnheims für Flüchtlinge auf einem bestimmten Gemeindegrundstück, zunächst als Containerzwischenlösung mit anschließender Festbauweise – nicht zuletzt aus Zeitgründen nicht zur Disposition gestanden hatte, gestaltete die Gemeinde jedoch die weiteren Umsetzungsschritte gemeinsam mit den betroffenen Anliegern wie der Bürgerschaft insgesamt. Hierfür bediente sie sich der sachkundigen Unterstützung eines professionellen Mediatoren- und Moderatorenteams, das zunächst einen ersten – nicht öffentlichen – Anwohner-Workshop mit den direkt betroffenen Anliegern durchführte. Etwa 170 Bürger informierten sich aus erster Hand über den aktuellen tatsächlichen und rechtlichen Stand des Projekts. Als Referenten und Experten standen neben dem Bürgermeister und der für Flüchtlingsfragen zuständigen Sozialdezernentin des Kreises weitere Mitarbeiter der Gemeinde- und Kreisverwaltung zur Verfügung. In Anschluss daran befassten sich die Teilnehmer in sechs moderierten Arbeitsgruppen mit den Fragestellungen

1. Was **muss** geschehen, damit der Bau des Wohnheims bzw. die Aufnahme der Flüchtlinge in der Gemeinde gelingt?
2. Was darf **nicht** passieren?
3. Welche **Fragen** gibt es?

und äußerten in diesem vorgegebenen Rahmen ihre Sorgen, Befürchtungen, Anregungen, Wünsche und Fragen. Die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen wurden im unmittelbaren Anschluss allen Anwesenden vorgestellt und anschließend folgenden sechs Themenbereichen zugeordnet:

- Bauphase und Architektur
- Bürgerschaftliches Engagement
- Kinder und Jugendliche, Kita und Schule
- Kultur, Integration, berufliche Unterstützung
- Sicherheit
- Weitere Beteiligung, Transparenz.

Ein ausführliches Protokoll hierüber wurde auf der Homepage der Gemeinde¹ eingestellt, zudem wurde über die Veranstaltung in der Presse umfassend berichtet.

Information aller Gemeindeglieder – zweiter Schritt

In einer **zweiten Informationsveranstaltung**, deren Durchführung in den Händen der Gemeinde und des Landkreises lag, wurden eineinhalb Wochen später nunmehr alle Gemeindeglieder

über das Vorhaben sowie über die erste Veranstaltung mit den direkt Betroffenen informiert. Die Landrätin des Kreises Lörrach und der Bürgermeister der Gemeinde Grenzach-Wyhlen, aber auch Sprecher von Caritas und einem Freundeskreis Asyl stellten sich den Fragen der ca. 250 Anwesenden. Zugleich präsentierte das Moderatorenteam auf Stellwänden die Ergebnisse des ersten Workshops und räumten den Bürgern die Möglichkeit ein, die bisherigen Resultate zu ergänzen; hiervon machten die Anwesenden regen Gebrauch.

Auch das Protokoll dieser Veranstaltungen wurde veröffentlicht, und im Amtlichen Mitteilungsblatt der Gemeinde wurden erste Fragen beantwortet, die sich bis dahin ergeben hatten (40. Jahrgang, 24. Juli 2015, Nr. 15/16).

Ein ganztägiges Bürgerforum – dritter Schritt

Dienten die beiden ersten Veranstaltungen im Wesentlichen der Information sowie der Sammlung der die Bürger bewegenden Themen, so war knapp drei Monate später das Format des dritten Schrittes als Bürgerforum deshalb gewählt worden, um die als zentral befundenen sechs Themenbereiche im Einzelnen bearbeiten zu können. Nach Darstellung des aktuellen Planungsstandes in einem gemeinsamen Plenum bearbeiteten über 50 Teilnehmer sodann in einzelnen Arbeitsgruppen jeweils einen Themenbereich interessenorientiert und suchten nach Lösungsansätzen. Ihnen standen wiederum neben Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Gemeinde- und Kreisverwaltung Vertreter der Polizei, einer Aufnahmeeinrichtung und eines Architekturbüros als Experten zur Verfügung; jede Arbeitsgruppe wurde zudem von einem ausgebildeten Mediator geleitet. Das ganztägige Format der Veranstaltung bot den Teilnehmern die Möglichkeit, die Arbeitsgruppe zu wechseln und sich zu einem weiteren Themenbereich einzubringen. Die Arbeitsgruppen entwickelten eine Vielzahl von Lösungsoptionen, die in einem abschließenden Plenum

Individuelle Lösungen werden in den Kommunen erarbeitet.



vorgestellt und gemeinsam diskutiert wurden. Es würde den für diesen Beitrag zur Verfügung gestellten Platz bei weitem sprengen, wollte man die über 200 Punkte umfassenden und z. T. detailliert formulierten Arbeitsergebnisse der fünf Gruppen im Einzelnen darstellen; insoweit muss der interessierte Leser auf die Homepage der Gemeinde verwiesen werden.²

Erste (Zwischen-)Ergebnisse

Festgehalten zu werden verdient jedoch, dass einzelne Arbeitsgruppen über die Vielzahl der erarbeiteten Optionen hinaus bereits zu ersten Ergebnissen gelangten: Dazu zählte die Arbeitsgruppe Architektur, die sich mit dem Bürgermeister darauf einigte, dass ein Bürger den Architektenwettbewerb be-

gleiten sollte, um auf der Grundlage der sonstigen zahlreichen Anregungen (abgeschlossene Wohneinheiten, Multifunktionsräume, Einrichtung von Werkstätten, nachhaltiges Bauen etc.) auf eine Umsetzung der Bürgerwünsche hinzuwirken. Die Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement, die sich u.a. für die Bildung eines Freundeskreises sowie die Einbindung von Ärzten und für Patenschaften ausgesprochen hatte, konnte noch während der Veranstaltung hierfür erste Bedingungen schaffen: Mittlerweile hat sich nicht nur ein über 150-köpfiger Freundeskreis etabliert, sondern auch eine in der Gemeinde ansässige große Firma sich bereit erklärt, ihren ärztlichen Dienst der Flüchtlingshilfe zur Verfügung zu stellen und das örtliche Familienzentrum seine Bereitschaft bekundet, für Flüchtlinge Patenschaften zu übernehmen. Die Ar-

beitsgruppe Kultur, Integration, berufliche Unterstützung konnte von der Bereitschaft einer ortsansässigen Firma berichten, Berufsvorbereitung für Flüchtlinge in eigenen Räumen für die Bereiche Metall und Elektro zur Verfügung zu stellen. Und auch der von der Arbeitsgruppe Sicherheit entwickelte Vorschlag zur Beauftragung eines privaten Sicherheitsdienstes, der auch die Umgebung bestreifen und eng mit Polizei, Gemeinde und Kreis zusammenarbeiten soll, wurde angenommen.

Weitere Schritte

Das nunmehr voraussichtlich für April 2016 zu erwartende Ergebnis des Architektenwettbewerbs soll in einem Workshop den Bürgern präsentiert und unter den Vorgaben des Ergebnisses des Bürger-

Anzeige

Einfach Wohnen. Mit System.

Modulare Wohnlösungen für Menschen auf der Flucht. Gefertigt in Deutschland.

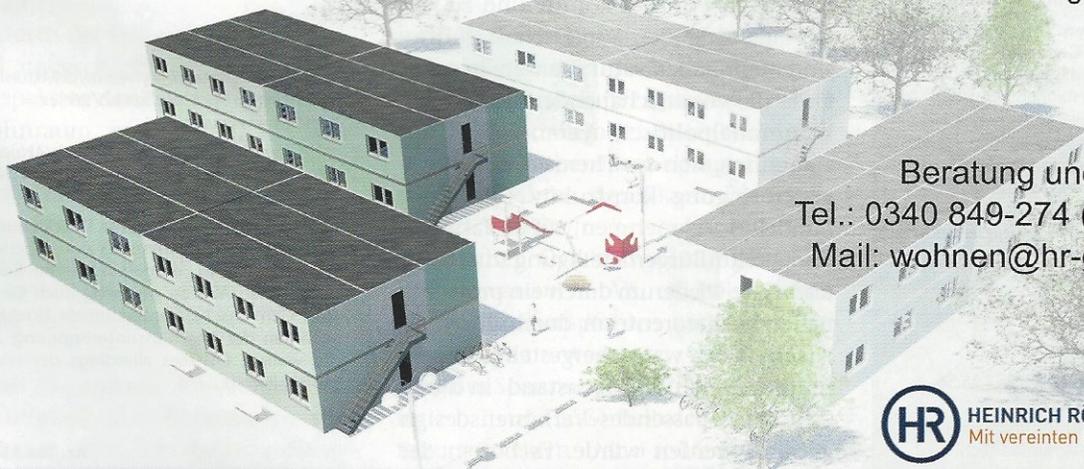
Schlüsselfertig: Einschließlich Sanitär, Küche und Elektronik · Voll möbliert

Module: Wohnen, Küche, Sanitär - Zusammensetzung entsprechend Kundenwunsch

Individuelle Gestaltung der Grundrisse der Module

Sensoren für Temperatur, Beleuchtung und Brandschutz · Anschlüsse für TV und WLAN

Kaltdach zur Klimatisierung im Sommer



Beratung und Kontakt:
Tel.: 0340 849-274 (Hr. Arndt)
Mail: wohnen@hr-gruppe.de



www.hr-gruppe.de/wohnen



Das ehrenamtliche Engagement in den baden-württembergischen Städten und Gemeinden ist beeindruckend.

forums diskutiert werden. Zugleich soll die Veranstaltung unter Einbindung von Experten zur Klärung der Realisierbarkeit der erarbeiteten Vorschläge genutzt werden wie auch dazu, eine erste Zwischenbilanz der professionellen und ehrenamtlichen Betreuung der Flüchtlinge zu ziehen. Und schließlich sollen, ggf. in einer eigenen Veranstaltung, unter Einbeziehung der bisherigen Beteiligungsergebnisse abschließende Empfehlungen an den Gemeinderat erarbeitet werden.

Fazit

Die Erfolgsfaktoren dafür, dass Konzeption und Bau eines Flüchtlingswohnheims in Grenzach-Wyhlen integrativ statt kontrovers erfolgen konnte und zu keiner Spaltung der Bürgerschaft führte, sind mehrfacher Natur: Da wäre in erster Linie die vorausschauende Planung der kommunalpolitisch Verantwortlichen zu nennen, sich des Themas Flüchtlingsunterbringung konstruktiv und aktiv handelnd anzunehmen, auf umfassende und breite Bürgerbeteiligung zu setzen und diese wiederum durch ein professionelles Mediatorenteam durchführen zu lassen. Damit war sichergestellt, dass ein für diesen Konfliktgegenstand in dieser Gemeinde passendes Verfahrensdesign gewählt werden würde. Es bot in der konkreten Ausgestaltung einen angemessenen Rahmen dafür, alle Interessen,

Ängste und Bedenken umfassend aufzugreifen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, die dann in die Debatte und Beschlussfassungen der Gemeindevertretung einfließen sollen.

Im Gegensatz zur häufig vertretenen Meinung, dass Partizipation und Beteiligung zu langwierigen und komplexen Entscheidungsprozessen führt, kann – analog zu anderen Verfahren – festgestellt werden, dass die frühzeitige Integration bestehender Konflikte und vorliegender Bedürfnisse spätere langwierige (juristische) Auseinandersetzungen zu vermeiden hilft.³

Fußnoten

- 1 <http://www.grenzach-wyhlen.de/de/Aktuelles/Nachrichten/Nachricht?id=1279&item=article&view=publish>
- 2 <http://www.grenzach-wyhlen.de/de/Aktuelles/Nachrichten/Nachricht?view=publish&item=article&id=1363>
- 3 Nachtrag: Unmittelbar vor Drucklegung erhalten die Verfasser Kenntnis von Überlegungen des Landkreises, entgegen der im Beitrag geschilderten Abrede zukünftig auch Gemeinden mit Gemeinschaftsunterkünften Flüchtlinge im Rahmen der Anschlussunterbringung zuweisen zu wollen. Ob dies allerdings der res publica zuträglich ist...? ■